

Zukunft für die Schaeffler Gruppe. Zukunft für Arbeit und Beschäftigung. Vorschläge zur aktuellen Situation der Schaeffler Gruppe und mögliche Handlungsalternativen

Ein Vorschlag der IG Metall Schweinfurt und des DGB´s Main-Rhön

Vorbemerkungen:

- „Schaeffler hat(te) sich mit der kreditfinanzierten Übernahme des dreimal größeren Konkurrenten Continental verhoben“ - so das Handelsblatt (10.02.2009). Die aktuelle Situation der Schaeffler - Unternehmensgruppe ist als äußerst angespannt zu bezeichnen. Kommt es nicht zu frischen Finanzspritzen, dann droht sogar eine Insolvenz dieses großen Industriekonzerns, der mit der Übernahme der Continental AG einer der größten Automobilzulieferer mit mehr als 220.000 Beschäftigten geworden ist. Dabei muss festgestellt werden:
- Die Schaeffler - wie die Continental - Betriebe und - Standorte sind grundweg hoch leistungs- und wettbewerbsfähige Standorte und Lieferanten von Hightech-Produkten. Innovation ist ein Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg der letzten Jahre und Jahrzehnte.
- Die aktuelle Existenzkrise der Schaeffler - Gruppe ist ausschließlich eigenverschuldet, hausgemacht, durch Fehlentscheidungen der Gesellschafter, des Managements und ihrer umfangreichen Berater aus Banken, Unternehmensberatungen und Analysten. Die aktuelle weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft letztlich nur die schwierige Situation, ist aber nicht ursächlich für die Schiefelage des Schaeffler - Konzerns verantwortlich.
- Kommt es zu einer Insolvenz der Schaeffler KG, dann werden sicherlich wesentliche Unternehmensteile aufgrund der hervorragenden Produkt- und Produktionsqualität in veränderter Eigentümerstruktur fortgeführt. Dennoch droht bei einer Zerschlagung des Konzerns ein enormer Personalabbau mit der Schließung von Standorten.
- Die hier durch die IGM Schweinfurt, den DGB Region Main-Rhön/Schweinfurt und PCG PROJECT CONSULT GmbH - einem arbeitsorientierten Beratungsunternehmen - entwickelten Ideen und Thesen verstehen sich ausschließlich als Vorschläge und Denkipulse. Eine Diskussion über die gesellschaftliche Verantwortung unternehmerischen Handelns, wie es z.B. auch die Katholische und Evangelische Kirche betonen (siehe z.B. die EKD-Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Hinsicht“) ist seit längerer Zeit überfällig und von ausgesprochen hoher Aktualität. Am Beispiel der Schaeffler KG lassen sich darüber hinausgehende Handlungsoptionen aufzeigen, mit der wir uns an der Debatte zur Sicherung von Standorten und Beschäftigung mit staatlichen Hilfen beteiligen wollen.
- Zwischenzeitlich ist es der IG Metall mit dem Abschluß einer „Zukunftsvereinbarung zwischen den Gesellschaftern der Schaeffler-Gruppe und der IG Metall zum Erhalt des Unternehmensverbundes zwischen Schaeffler und Continental und der Sicherung von

Arbeitsplätzen und Standorten“ vom 23.02.2009 gelungen, wesentliche Verbesserungen für die Beschäftigten der Schaeffler – Gruppe insbesondere im Bereich Tarifbindung und Mitbestimmung als Gegenleistung für eine Unterstützung in Fragen staatlicher Hilfsmaßnahmen zu erzielen.

- Die IGM Schweinfurt und der DGB Region Main-Rhön/Schweinfurt mit fast 7.000 Arbeitsplätzen im Schaeffler Konzern in der Region wären von einer Zerschlagung negativ betroffen. Deshalb hat die IGM am 5. März 2009 eine Konkretisierung der zwischen Schaeffler und der IGM getroffenen Vereinbarung beschlossen, auf der unsere Vorschläge beruhen.
- Mit unserem Diskussionspapier **„Zukunft für die Schaeffler Gruppe. Zukunft für Arbeit und Beschäftigung. Vorschläge zur aktuellen Situation der Schaeffler Gruppe und mögliche Handlungsalternativen“**, das auf der Zukunftsvereinbarung der IGM vom 23.02.2009 aufbaut, wird nicht der Anspruch erhoben, ein strategisches und betriebswirtschaftlich fundiertes Konzept vorzulegen. Vielmehr ist zu hoffen, daß dieser Denkipuls alle Beteiligten zum Wohle der Beschäftigten, der Schaeffler- und Continental-Standorte sowie der verbundenen Betriebe und Zulieferer zu neuen auch kurzfristig umsetzbaren Handlungsoptionen führt.
- Wenn ein „Rettungsübernahmegesetz“ der Bundesregierung die neue Terminologie für die Enteignung unfähiger Unternehmer, Manager und Gesellschafter ist, so die Bundeskanzlerin Angelika Merkel, so können solche Ansätze zur Unternehmens- und Arbeitsplatzsicherung nicht auf den Bankensektor beschränkt bleiben. Die zentrale Begründung ist nicht ideologischer Art, sondern entspricht der Logik, daß mehr als 66.000 Beschäftigte bei Schaeffler und mehr als 160.000 Beschäftigte bei Continental auch und erst recht einen Anspruch auf einen rettenden Schirm haben. Nicht nur Banker und zockende Gesellschafter dürfen diese Hilfe des Staates erhalten.
- Auch im Falle einer Rückabwicklung hätte die Schaeffler KG und ihre Gesellschafter eine milliarden schwere Altlast zu tragen, die sich aus dem Delta von ursprünglichem Kaufpreis und aktuellem Rückabwicklungspreis zuzüglich der Rückabwicklungskosten (hier insbesondere zum Nutzen der beteiligten Geldinstitute, die erhebliche Gebühren dafür erhielten) ergäben. Damit behalten die hier vorgetragenen Thesen ihre Gültigkeit. Denn der Finanzmittelbedarf der Schaeffler KG bleibt so oder so enorm und ist nur mit externer Hilfe, vermutlich des Staates, zu erfüllen.

Unsere Vorschläge:

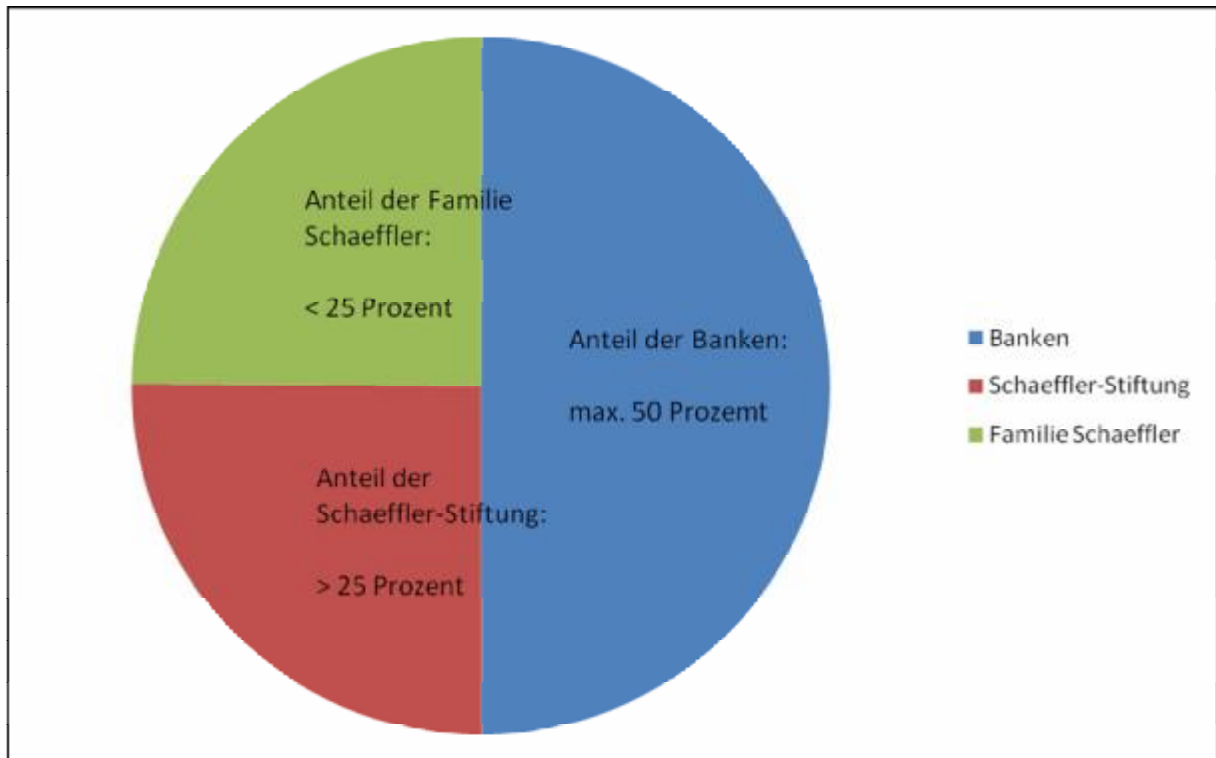
- Eine Überführung in direktes Staatseigentum wäre nicht der wünschenswerte Weg. Schließlich sind viele der aktuellen Probleme auch durch Politik und Staat mit verursacht. Dagegen gibt es Mischlösungen, die obendrein sehr gute Referenzen in der Wirtschaft vorzuweisen haben. Es gibt durchaus „dritte Wege“ zwischen staatlicher Planwirtschaft und neoliberaler Shareholder-Doktrin. Ein Weg ist das Modell der Mitarbeiterbeteiligung durch eine Stiftung. Zahlreiche Stiftungen fungieren in deutschen Unternehmen, auch in der Industrie, seit Jahren und Jahrzehnten als Gesellschafter. Als Beispiele seien hier nur genannt: ThyssenKrupp AG und die Kruppstiftung, ZF Friedrichshafen AG und die Zeppelin-Stiftung, Robert Bosch GmbH und die Bosch – Stiftung, EVONIK AG und die RAG-Stiftung sowie die Volkswagen AG und die Volkswagen-Stiftung, letztere allerdings nicht in direktem Gesellschafterverbund. Hier werden jedoch wesentliche Anteile der Gewinne über die Volkswagen-Stiftung für gesellschaftlich sinnvolle Projekte nicht nur aber auch in Forschung und Wissenschaft verwandt.
- Wenn die Sicherung des Schaeffler-Konzerns aus Steuermitteln, die von Bundes- und Landesregierungen zur Verfügung gestellt werden, erfolgt, muss eine radikale Veränderung in der Eigentümerstruktur vorgenommen werden.
- Denkbar wäre die Überführung der Schaeffler-Gruppe in eine Stiftung im Eigentum der Belegschaft. In der aktuellen Situation hat aber die Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen Vorrang, die nur in enger Zusammenarbeit zwischen der Familie Schaeffler, den Banken, der Belegschaft und ihrer Vertreter sowie der Gewerkschaften zu realisieren ist.
- Staatliche Mittel für Schaeffler dürfen jedoch nicht als Direkthilfen oder Kreditbürgschaften gewährt werden, die keinen ausreichenden Einfluss auf die zukünftigen Aktivitäten des Unternehmens garantieren. Stattdessen schlagen wir vor, staatliche Hilfe mit der Umsetzung eines Modells der Kapitalgesellschaft mit Stiftungsbeteiligung zu verbinden.

1. Das Unternehmen Schaeffler Gruppe wird in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt:

Mit dem Wechsel der bisherigen Eigentümerstruktur ist eine gesellschaftsrechtliche Veränderung notwendig. Aus der Schaeffler KG wird eine Schaeffler AG – mit allen Konsequenzen für Publizitätspflicht, Mitbestimmung, Aufsichtsrat und möglichst transparentem Unternehmenshandeln. Das ist mit der KG als derzeitiger Rechtsform nicht gewährleistet. Die IG Metall hat mit der „Zukunftsvereinbarung zwischen den Gesellschaftern der Schaeffler-Gruppe und der IG Metall zum Erhalt des Unternehmensverbundes zwischen Schaeffler und Continental und der Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten“ vom 23.02.2009 in dieser Thematik wesentliche Zusagen der Schaeffler – Eigentümer erhalten.

2. Die Forderungen der Banken werden in Eigenkapital umgewandelt, so dass sie am Unternehmen mit maximal 50 Prozent beteiligt sind.

- 3. Die Bundesrepublik Deutschland und die Länder mit Schaeffler-Standorten finanzieren eine Stiftung. Staatliche Hilfen fließen ausschließlich an diese Stiftung, die sich mit mindestens 25,1 Prozent am Unternehmen beteiligt. Die Familie Schaeffler bleibt mit einem Minderheitsanteil von weniger als 25 Prozent am Unternehmen beteiligt. Durch diese Übertragung von Eigentumstiteln wird kurzfristige Liquiditätshilfe geleistet.**
 - 4. Der Aufsichtsrat des künftigen Schaeffler-Konzerns setzt sich aus 10 Arbeitnehmervertretern und 10 Arbeitgebervertretern zusammen. Von den 10 Arbeitgebervertretern sind drei über die Stiftung zu besetzen. Über die Stiftung erhalten die Arbeitnehmer zwei Sitze im künftigen Aufsichtsrat des Schaeffler-Konzerns und damit eine echte Mitentscheidung.**
 - 5. Aus dem Anteil an den zukünftigen Gewinnen, die der Stiftung als Anteilseignerin der künftigen Schaeffler KG a.A. zufließen, werden die von Bund und Ländern bereit gestellten Gelder zurück gezahlt. Auf diese Weise wird die Stiftung langfristig zu einer Belegschaftsstiftung.**
- Die geforderte SC-Stiftung (SC steht für Schaeffler Continental) ist professionell zu führen und zu verwalten, um nachhaltige Wirtschaftsverhältnisse zu gewährleisten. Nachhaltigkeit vor kurzfristigem Shareholder – Value muss die Handlungsoption sein. Die SC – Stiftung ist dabei ebenfalls demokratisch und transparent zu führen. Im Stiftungsrat ist eine 50% ige Beteiligung der Beschäftigten der Schaeffler – Continental – Gruppe oder ihrer Vertreter (externer Sachverstand) sicherzustellen. Auch hier ist qualifizierte Mitbestimmung angesagt.
 - Sowohl in einer zu fordernden SC-Stiftung, aber auch und besonders in der neuen Unternehmensstruktur sind demokratischen Regeln entsprechende Formen der qualifizierten Mitbestimmung einzuführen. Es entspricht durchaus den wissenschaftlichen Erkenntnissen effektiver wie transparenter Unternehmenskontrolle und -führung, dass ein paritätisch besetzter Aufsichtsrat gebildet wird, dem zu gleichen Teilen Arbeitgeber- wie Arbeitnehmervertreter angehören und der zusätzlich mit einem „neutralen“ Mann bzw. einer Frau besetzt wird. Insofern geht das vorliegende Thesenpapier über die IG Metall-Vereinbarung vom 23. Februar 2009 hinaus.
 - Der vorhandenen Internationalisierung im Zuge der vorhandenen globalen Aktivitäten des Schaeffler-Konzerns folgend, werden auch beispielhafte Strukturen insbesondere auf europäischer Ebene geschaffen. Was spricht dagegen, daß es zu einem mit echten Rechten und Pflichten ausgestatteten Euro-Betriebsrat kommt? Hier sind mustergültige Regelungen mit wenig bürokratischem Aufwand zu schaffen, die allesamt allerdings belegen, dass privatwirtschaftliches Handeln und gesellschaftliche Verantwortung in einer demokratischen Welt und Gesellschaft keinen Widerspruch bedeuten müssen.



Autor des Diskussionspapiers:

Prof. Dr. Klaus Kost
Geschäftsführer
PCG PROJECT CONSULT GmbH
Friedrich - List - Str. 2
D-45128 Essen

Tel.: +49 (0) 201 / 10592-11
Fax: +49 (0) 201 / 10592-79
Mobil : 0178 / 4455610
Email : kost@pcg-projectconsult.de
Internet : <http://www.pcg-projectconsult.de>
Amtsgericht Essen HRB 12751

Bei Rückfragen:
IG Metall Verwaltungsstelle Schweinfurt
Klaus Ernst, 1. Bevollmächtigter
0170 3333192